

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtfertigt für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schöel
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 37

Dienstag, den 15. Februar 1927.

101. Jahrgang

Die Mächte zu Coolidges Botschaft.

Ein neuer Vorschlag Coolidges?

Eine Dreimächtekonferenz.

U. Berlin, 15. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Washington will Coolidge für den Fall, daß Frankreich und Italien in ihrer ablehnenden Haltung verharren, anstelle einer allgemeinen eine Dreimächtekonferenz, Amerikas, Englands und Japans vorschlagen, die voraussichtlich in Washington stattfinden und sich ausschließlich auf die Marinereinstellungen beschränken würde. Sowohl England als Japan haben hierfür ihre Mitarbeit zugesichert.

Annahme durch Japan.

U. Berlin, 15. Febr. Wie die Blätter aus Tokio berichten, hat das japanische Kabinett beschlossen, den Vorschlag Coolidges auf Einberufung einer Konferenz über die weitere Beschränkung der Rüstungen zur See anzunehmen. Die japanische Antwort soll in der heutigen Kabinettsitzung formuliert und sobald wie möglich nach Washington übermittelt werden.

Prüfung in Rom.

U. Rom, 15. Febr. Zu dem neuen Abrüstungsvorschlag Coolidges wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß der Vorschlag zurzeit noch einer sorgfältigen Prüfung unterzogen würde. Ohne jedoch der offiziellen Antwort vorzugreifen, könne bereits heute gesagt werden, daß Italien keinen Maßnahmen zustimmen könne, die eine Gefährdung seiner Lebensinteressen bedeuteten. Seit 1922 seien einige Momente hinzugekommen, die diese Haltung besonders notwendig machten, in erster Linie die Beschleunigung, mit der gewisse Mächte ihre Marine verstärkten.

Die französische Antwort.

U. Paris, 15. Febr. Wie von unterrichteter Seite verlautet, wird die französische Antwort auf das Memorandum des Präsidenten Coolidge heute fertig, so daß der heutige Ministerrat seine Genehmigung hierzu erteilen kann. Man rechnet damit, daß die Antwort Frankreichs in einigen Tagen, wahrscheinlich am Donnerstag, erfolgen wird.

Zurückhaltung in England.

U. London, 15. Febr. Ministerpräsident Baldwin teilte gestern im Unterhaus mit, daß die Regierung eine Erklärung im gegenwärtigen Augenblick noch nicht abgeben könne.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bezeichnet es als nicht überraschend, daß Japan und auch Italien den neuen Flottenabüstungsvorschlag des Präsidenten Coolidge begünstigen. Dabei müsse man auch berücksichtigen, daß ferner Italien und Frankreich in der Flottenabüstung gemeinsam marschieren, da die Flotten beider Staaten in eifriger Konkurrenz stehen. Italien und Frankreich legen auf den Unterseebootbau das größte Gewicht, weil sie die Unterseebootwaffe als verhältnismäßig billige Waffe ansehen. Dazu komme noch, daß die italienische Admiralität die größten Torpedierleistungserfolge ihren wunderbaren Motorbooten, genannt Mas, zuschreibe.

Der „Daily Telegraph“ stellt dann verwundert fest, daß die neuesten amerikanischen Abrüstungsvorschläge in dem abgerüsteten Deutschland mit seiner zweiklassigen Flotte so viel Interesse finden, obwohl Deutschland auf Grund seiner schwachen Flottenstärke von dem amerikanischen Flottenabüstungsvorschlag gar nicht betroffen werde. Die Marineabüstungsfrage dürfe im Völkerverbund, wo neben erstklassigen Flottenmächten auch eine zweiklassige, wie Deutschland, säße, noch manche Schwierigkeiten ergeben.

Tages-Spiegel.

Im deutsch-polnischen Konflikt versucht Polen weiterhin durch unbegründbare Behauptungen die Schuld Deutschland zuzuschreiben.

Die französische Presse ist natürlich bemüht, Polen zu unterstützen und gegen Deutschland zu hetzen.

Der sächsische Innenminister Dr. Dehne hat gestern sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Sein Nachfolger wird noch in dieser Woche ernannt werden.

In Belgien erwartet man dieser Tage den Abschluß eines deutsch-jugoslawischen Handels- und Schiedsgerichtsvertrages.

Die spanisch-französischen Verhandlung, die gestern in Paris ihren Anfang nehmen sollten, sind auf Ersuchen der spanischen Delegierten um 24 Stunden verschoben worden.

Während Japan dem Vorschlag Coolidges zu einer Flottenabüstungskonferenz zugestimmt hat, verhalten sich die übrigen Mächte, insbesondere England, abwartend.

geteilt haben. Sogleich nach der Abstimmung erblickt man in dem Verhalten Pilsudskis eine Drohung gegen die, die gegen das Budget gestimmt haben.

Trotzdem war das Ergebnis der gestrigen Abstimmung genau dasselbe, wie das am vergangenen Samstag. Mit einer Mehrheit von 153 gegen 121 wurden die Kredite für die polnische Völkerverbundsvertretung gestrichen. Obwohl noch andere Abschnitte gemacht wurden, ist eine Regierungserklärung ausbleiben. Auch die Kredite des Postministeriums wurden abgelehnt. Es steht bereits jetzt fest, daß Pilsudski die gestrigen Sejmbeschlüsse insofern umgehen will, als er von seinen berechtigten „außerordentlichen Vollmachten“ Gebrauch macht. Die für das Postministerium verbrauchte Summe will er nachträglich durch ein Sondergesetz bewilligen lassen. Mit der Regierungsumbildung, die in absehbarer Zeit zu erwarten ist, will Pilsudski vorläufig warten, da er jetzt beabsichtigt, zuerst eine feste Grundlage zu schaffen.

Frankreich und die Rheinlandfrage.

Garantieforderungen der Annäherungspolitik.

Paris, 15. Febr. Das unter der Leitung des luxemburgischen Säwerindustriellen Meyrieh stehende deutsch-französische Studienkomitee beschäftigt sich eingehend mit der Frage, welche Orientierung der Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland gegeben werden müßte, um nicht gewisse Reaktionen hervorzurufen, wie sie sich gerade in jüngster Zeit dies- und jenseits des Rheins befunden haben. Der dem genannten Komitee angehörende Publizist Wladimir d'Ormesson faßt im „Temps“ die Meinung der französischen Mitglieder des Studienkomitees über das Hauptproblem, nämlich die Rheinlandfrage, zusammen. Er fürchtet, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Räumungswünsche zu ersten Mißverständnissen, vielleicht sogar unangenehmen Rückwirkungen auf französischer Seite führen könnten. Nach Ansicht derjenigen französischen Persönlichkeiten, die in dem Komitee tonangebenden Einfluß besitzen, sollte auf deutscher Seite alles vermieden werden, was in Frankreich den Eindruck erwecken könnte, daß die deutschen Staatsmänner ununterbrochen und ohne Rücksicht auf bereits erwiesenes Entgegenkommen Frankreichs neue Forderungen geltend machen. Man wisse, so betont d'Ormesson, daß nach Klärung der Räumungsfrage die Ostprobleme, namentlich Korridor, Danzig und Oberschlesien an die Reihe kommen würden. Es sei auch wohl bekannt, welche Absichten Deutschland hinsichtlich der Kolonialfrage verfolge. Dieser gewaltige Komplex von europäischen und außereuropäischen Problemen flöße den französischen Staatsmännern keineswegs Entsetzen ein, doch zeige man an der entscheidenden Stelle des Pariser Kabinetts zunehmende Beforgnis, weil es die deutschen Politiker an vorsichtiger Taktik und an Rücksicht auf die Schwierigkeiten fehlen lassen, denen sich die französische Diplomatie gegenüber gestellt sieht.

Wladimir d'Ormesson, den man als den französischen Wortführer des Komitees bezeichnen kann, richtet an die deutsche Regierung das Eruchen, die Rheinfragen in dilatorischer Weise zu behandeln, um Frankreich die nötige Zeit für die Erfassung seiner Defensivwerke an der Ostgrenze zu lassen. „Im jetzigen Augenblick“, so schreibt er, „ist noch keine Grundlage für die Erörterung der Räumungsfrage vorhanden. Umsonst wird Deutschland die Räumung des besetzten Gebietes nicht erhalten. Es handelt sich darum, durch gemeinschaftliche Anstrengung und Garantien zur Lösung der verschiedenen Probleme die beste Methode zu finden. Uebereilung ist gefährlich, doch die Zeit muß ausgenutzt werden. Ein Widerspruch zwischen der Rheinlandbesetzung und der Thoirzpolitik besteht nicht. Die Thoirzpolitik ist überhaupt eine Erfindung der Zeitungen. Ein schlecht ausgearbeitetes Communiqué spiegelt der Welt eine fändliche Illusion vor.“ Jeder verständige Staatsmann müsse sich sagen, daß in Thoirz nicht eine einzige von den Schwierigkeiten vermindert, geschweige denn beseitigt werden.

Der deutsch-polnische Konflikt.

Polnische Behauptungen.

U. Warschau, 15. Febr. Die amtliche polnische Telegraphenagentur erfährt von zuständiger Stelle, daß die Vertretung der Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen durch die deutsche Regierung mit der Nichtbewilligung der Aufenthaltsgenehmigung für vier deutsche Reichsangehörige in Polen nicht als berechtigt angesehen werden könne. Polen bestreite, Maßnahmen auszuweisen vorgenommen zu haben und behauptet, daß im Gegenteil die deutsche Regierung vor einiger Zeit 250 000 lange in Deutschland ansässige polnische Arbeiter abgeschoben habe.

Eine halbamtliche deutsche Erklärung tritt diesen polnischen Behauptungen entgegen und verweist auf ein schon vor Jahren getroffenes Abkommen mit Polen über die Voraussetzungen, unter denen Ausweisungen erfolgen dürfen. Polen habe sich schon vor Monaten von diesem Abkommen losgesagt, was die verstärkte polnische Tendenz zeige, die noch in Polen befindlichen Reichsdeutschen zu verdrängen. Auf deutscher Seite bestrebe man wie vor der Wunsch, durch eine Verständigung in der Ausweisungsfrage auch bei den Handelsvertragsverhandlungen eine Einigung zu erreichen.

Paris zur Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

U. Paris, 15. Febr. Die Unterbrechung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wird in hiesigen politischen Kreisen, wie in der Presse lebhaft kommentiert. Man stützt sich dabei fast ausschließlich auf aus polnischer Quelle stammende tendenziöse Meldungen und sucht es so darzustellen, als ob die Reichsregierung nur einen Vorwand gesucht habe, um die Verhandlungen über den Handelsvertrag abzubrechen. Besonders in nationalistischen Kreisen stellt man die Deutschausweisungen aus Ostoberschlesien als einen Notwehrakt (1) der polnischen Regierung hin, indem man behauptet, daß die ausgewiesenen Deutschen antipolnische Propaganda getrieben hätten.

Polemik eines deutschen Sejmabgeordneten gegen die polnische Regierung.

U. Warschau, 15. Febr. Bei der Debatte über die jüngste große Rede Bartels in der gestrigen Sejmung ergriff der Vertreter der deutschen Fraktion, Abg. Karau, das Wort. Er erklärte, daß die Deutschen in Polen der in der Bartelschen Rede dargelegten Politik nicht zustimmen könnten. Vor allem würden sie das für ganz Polen einheitliche Verwaltungssystem bekämpfen. Auch sei die deutsche Fraktion gegen die Militarisierung des Landes und besonders der Jugend. Abg. Karau sagte, daß seine Fraktion gegen das Budget stimmen werde.

Als man darauf zur Abstimmung über das Budget in dritter Lesung schritt, erschien plötzlich Pilsudski, der sonst nie an einer Plenarsitzung des Sejms teilgenommen hatte. Von seinem Platz beobachtete er die Abgeordneten, ob sie für oder gegen das Bud-

China

gegen Englands Gewaltpolitik.

Landung englischer Truppen in Schanghai.

U. Berlin, 15. Febr. Den Blättern zufolge sind gestern zum ersten Male seit dem Boxeraufstand in Schanghai europäische Truppen gelandet worden. Zwei englische Regimenter zogen mit Musik und Fahnen durch die Hauptstraßen von Schanghai, von den Europäern mit jubelnden Kundgebungen empfangen. Auch die chinesischen Kaufleute begrüßten ihr Erscheinen mit sichtlicher Erleichterung. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Der chinesische Völkerverbundsdelegierte gegen Englands China-Politik.

U. Genf, 15. Febr. Der ständige Delegierte Chinas beim Völkerverbund übermittelte der Presse eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß Englands Militärpolitik in China der Einschüchterung der Chinesen diene und nicht mit dem Völkerverbund im Einklang stehe. Schanghai sei nicht englisches Gebiet. 400 Millionen Chinesen seien sich trotz innerer Zwietracht außenpolitisch einig, daß China endlich den Chinesen gehören müsse. Wenn militärische Komplikationen entstehen sollten, sei Englands Militärpolitik daran schuld.

Eine deutsche China-Erklärung?

U. Berlin, 15. Febr. Wie der Londoner Vertreter der „Voss. Ztg.“ hört, soll die deutsche Botschaft beauftragt worden sein, der englischen Regierung zu erklären, daß alle Gerüchte, als ob Deutschland beabsichtige, die Chinafrage in der Märztagung des Völkerverbundes vorzubringen, unwahr seien.

Erdbebenkatastrophe.

U. Berlin, 15. Febr. Wie die „Nachtausgabe“ aus Agram meldet, hat sich gestern früh in der Herzegowina und im südlichen Serbien ein schweres Erdbeben ereignet. In Moster sind die meisten Gebäude eingestürzt. Die Dörfer des Amfelsches sind Ruinen. Bei Serajewo ereignete sich ein riesiger Erderschütterung. Durch die abstürzenden Erdmassen wurden 10 Häuser verschüttet, wobei 12 Personen ums Leben gekommen sind. Von den seismographischen Apparaten in Agram wurden binnen 20 Minuten 19 aufeinanderfolgende Erdstöße verzeichnet. Die telephonische und telegraphische Verbindung mit dem Erdbebengebiet ist unterbrochen, so daß Einzelheiten ausstehen. Die Zahl der Menschenopfer dürfte jedenfalls recht groß sein.

Der Reichsfinanzminister über seine nächsten Aufgaben.

U. Berlin, 15. Febr. Am Sonntag fand im überfüllten Plenarsaal des preussischen Landtags in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Köhler die Einigungsstagung der Reichssteuerbeamten statt, in der die Verschmelzung der deutschen Finanzbeamten und des Bundes Oberer Reichssteuerbeamten mit dem Bunde deutscher Reichssteuerbeamten zu einem einheitlichen Bunde deutscher Reichssteuerbeamten vollzogen wurde. Reichsfinanzminister Dr. Köhler kam in seiner Begrüßungsrede auch auf Finanz- und Steuerfragen zu sprechen. So wie in den letzten Jahren könne es nicht weitergehen. Unsere Finanzämter ständen vor dem Zusammenbruch. Der Minister kündigte entsprechende Maßnahmen schon für die nächsten Tage an. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, daß endlich einmal in die Steuerveranlagung und Erhebung die notwendige Ordnung eintreffe. Manches unserer Gesetze sei jetzt derart spezialisiert, daß es nicht mehr richtig durchgeführt werden könne. Hoffentlich würden schon die nächsten Wochen eine fühlbare Entlastung der Finanzämter bringen.

Ein Abänderungsentwurf zum Aufwertungsgesetz.

Ein Entwurf der juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen.

U. Berlin, 14. Febr. Die für das ganze deutsche Volk schwerwiegende Frage, ob und nach welcher Richtung hin das Aufwertungsgesetz geändert werden soll, ist dadurch in ein entscheidendes Stadium getreten, daß die juristische Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen, die aus den maßgebenden juristischen Körperschaften gebildet ist, soeben einen Entwurf nebst Begründung zur Änderung des Aufwertungsgesetzes aufgestellt hat. Er ist den gesetzgebenden Körperschaften zugegangen. Die Änderungsvorschläge beschränken sich auf das Gebiet der Hypotheken und großen Schulden und der durch Hypotheken gesicherten persönlichen Forderungen. Der Entwurf ist unterzeichnet vom Vorsitzenden der juristischen Arbeitsgemeinschaft, vom Reichstagsabgeordneten Geheimrat Prof. Dr. Kahl und Staatssekretär Wtlk. Geheimrat Dr. Mügel, der durch seine großen Kommentare zum Aufwertungsgesetz und zur Durchführungsverordnung und zum sonstigen Aufwertungsrecht anerkannten ersten Autorität. Mitunterzeichnet haben die Entwurf maßgebende Vertreter des Reichsgerichts, des Kammergerichts, der Richterschaft und Anwaltschaft. Der Entwurf wird alsbald den Reichstag und die Öffentlichkeit beschäftigen.

Aus den Parteien.

Tagung des demokratischen Parteivorstandes.

U. Berlin, 15. Febr. Der Vorstand der demokratischen Partei trat im Reichstag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. In der Aussprache wurde von allen Rednern der Genugtuung über das Verhalten der demokratischen Reichstagsfraktion während der letzten Regierungskrise Ausdruck gegeben und das Vorgehen der Reichstagsfraktion einstimmig gebilligt. Die Aussprache beschäftigte sich ferner insbesondere mit kulturpolitischen Fragen sowie mit dem Problem des Einheitsstaates. Auch organisatorische Fragen wurden eingehend behandelt. Der Parteivorstand beschloß, den diesjährigen, in der Zeit vom 21.—24. April stattfindenden Parteitag in Hamburg abzuhalten.

Der Parteiausschuß des Zentrums hinter der Fraktion.

U. Berlin, 15. Febr. Der Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei hielt am Sonntag im Reichstag eine Sitzung ab, die außerordentlich stark aus allen Teilen des Reiches besucht war und mehr als 5 Stunden dauerte. Den Vorsitz führte Reichskanzler Dr. Marx. U. a. waren erschienen: Reichsar-

beitsminister Brauns, Reichsfinanzminister Dr. Köhler und zahlreiche Minister Preußens und anderer Länder. Nach eingehender Aussprache wurde unter starkem Beifall einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Der heute in Berlin tagende Reichsparteiausschuß des deutschen Zentrums billigt die Politik der Zentrumspartei und spricht ihr das Vertrauen aus. Reichskanzler a. D. Wirth, der den Verhandlungen beigewohnt hatte, hat während der Abstimmung den Saal verlassen.

Treviranus über die Beweggründe der deutschnationalen Regierungsbeteiligung.

U. Königsberg, 15. Febr. Im Rahmen der politischen Schulungswoche der Deutschnationalen Volkspartei in Ostpreußen sprach Reichstagsabgeordneter Treviranus über das Thema: „Warum sind wir in die Regierung gegangen?“ Der Redner stellte fest, daß weite Kreise der deutschnationalen Wähler die Regierungsbeteiligung gewünscht haben, daß aber auch die Führer der Partei erkannt haben, daß es nach Lage der Dinge unzweckmäßig sei, sich auf die Kritik zu beschränken. Da die letzte Reichsregierung keine Neigung hatte, die Deutschnationalen in das Kabinett mit aufzunehmen, mußte sie gestürzt werden. Darauf mußte in mühevoller Arbeit dem Zentrum klar gemacht werden, daß es sich zwischen Reichstagsauflösung und Reichskabinett zu entscheiden habe. Treviranus betonte, daß die Deutschnationalen bei ihrem Eintritt in die Regierung keinen Kaufpreis für irgendwelche geheimen Abmachungen, z. B. in der Frage des Konkordats, gezahlt haben. Für die Deutschnationalen sei es als Regierungspartei selbstverständlich, die Symbole der gegenwärtigen Staatsform zu achten und zu schützen, jedoch verlangten sie den gleichen Schutz für die Symbole der Vergangenheit und geschichtliche Persönlichkeiten. Zur Außenpolitik übergehend bemerkte der Redner, daß es den Deutschnationalen nicht leicht geworden sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Mitverantwortung für die Außenpolitik zu übernehmen. Da sich die Reichstagsfraktion aber einstimmig hinter den Parteivorstand gestellt habe, müsse die Partei jetzt die Verantwortung für die künftige Außenpolitik auf der Grundlage der nun einmal bestehenden Rechtsverhältnisse tragen. Zum Schluß wies Treviranus darauf hin, daß die neue Reichsregierung außenpolitisch an Stärke gewonnen habe und in ihrer ganzen Zusammensetzung auch einen großen Teil der deutschen Arbeiterklasse mitvertrete. Die neue Regierung sei in den Sattel gehoben und sie werde versuchen, im Sattel zu bleiben, dazu sei aber vor allem das Vertrauen der deutschnationalen Wählerschaft notwendig.

Kleine politische Nachrichten.

Eine historische Reichskommission. Staatssekretär Dr. Sewald begründet in der D.M.Z. die Notwendigkeit der Gründung einer historischen Reichskommission. Er spricht die Hoffnung aus, daß bei der Beratung des Haushaltes des Reichsinnenministeriums die Erweiterung der historischen Kommission für das Reichsarchiv in eine historische Reichskommission ermöglicht wird.

Besserstellung der Altbesitzer von Reichsanleihe. Im Reichstag ist folgender Antrag der demokratischen Abgeordneten v. Rühlhofen, Koch und der Fraktion eingebracht worden: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den im Wege einer sofort unverbindlichen Umtauschanleihe oder auf andere geeignete Weise die Altbesitzer von Reichsanleihen anstelle von Ablösungsschuld und Auslösungsrecht in den Besitz eines Wertpapiers gebracht werden, dessen Wert mindestens einer 12prozentigen Aufwertung entspricht und das eine mindestens 5prozentige Verzinsung vorzieht.

Frankreich u. Eupen-Malmedy. Von offiz. Seite wird das von einigen belgischen Blättern verbreitete Gerücht dementiert, wonach die ablehnende Haltung der belgischen Regierung in der Frage einer neuen Volksabstimmung in Eupen und Malmedy auf französischen Einfluß zurückgehe.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Die Beratungen des Verfassungsausschusses abgeschlossen.

U. Berlin, 15. Febr. Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beendete seine Beratungen über die Gesetzentwürfe betreffend den endgültigen Reichswirtschaftsrat. In fast allen wirtschaftlichen Fragen ist trotz der anfänglich vorhandenen Gegenätze eine Verständigung erzielt worden. Eine wichtige Rolle in den Verhandlungen spielte auch diesmal wieder die grundsätzliche Frage, ob die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates unabhängig von der Frage des Unterbaues, also der Frage der Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte und der Frage der Schaffung von Arbeitnehmervertretungen, in oder neben den bestehenden Handels-, Handwerks- oder Landwirtschaftskammern gelöst werden könne. Man einigte sich in der zweiten Lesung gegen eine Stimme auf folgende Entschließung:

„Unter Hinweis auf die Vorarbeiten seines Verfassungsausschusses ersucht der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung, alsbald die Frage zu prüfen, auf welchem Wege die Büden, die zur Zeit noch in der Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung bestehen, geschlossen werden können. Insbesondere wird vorgeschlagen, soweit nicht innerhalb der vorhandenen öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen das Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sichergestellt wird, neben und in Verbindung mit ihnen öffentlich-rechtliche Organe vorzusehen, in denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter die gemeinsamen Fragen auf Grund gemeinsamer Beratung vom sachlich-regionalen Standpunkte behandeln. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat erwartet, daß entsprechende Gesetzentwürfe dem endgültigen Reichswirtschaftsrat unverzüglich vorgelegt werden.“

Im übrigen folgte der Ausschluß im großen und ganzen den Grundgedanken des auf den früheren Beschlüssen des Verfassungsausschusses aufgebauten Regierungsentwurfes. Insbesondere ist es dabei geblieben, daß der Reichswirtschaftsrat wie bisher oberstes Gutachterorgan für die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften bleiben und keine legislativen Rechte erhalten soll. Auch die Einrichtung der nichtständigen Mitgliedschaft, die die Hinzuziehung der besten im Reiche vorhandenen Sachkennner ermöglichen soll, wurde ebenso wie die Bestimmungen über das Enquete-Recht des Reichswirtschaftsrates einmütig gutgeheißen. Die Zahl der Mitglieder soll nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses, der sich mit Recht die möglichste Beschränkung gegenüber den zahlreichen Wünschen der verschiedenen Interessenten auferlegte, 144 betragen. Es ist die Zahl, die sich schon, wenn auch in anderer Gliederung, bei den früheren Verhandlungen über den ersten Referententwurf ergeben hatte. Es entfallen davon je 48 auf jede der drei Abteilungen.

In der Arbeitgeber-Abteilung soll erhalten: Die Landwirtschaft 12 Vertreter, die Industrie 12 Vertreter, das Handwerk 6 Vertreter, der Handel 7 Vertreter, die Banken und das Privatversicherungswesen 5 Vertreter, der Verkehr und die Fischerei 6 Vertreter. Die gleiche Gesamtzahl hat die Arbeitnehmerabteilung.

In der Abteilung 3 erscheinen: Die Kommunalvertreter mit 10, die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten mit zusammen 3, die Vertreter der Konsumgenossenschaften und Hausfrauen mit zusammen 5, die Vertreter des landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens mit zusammen 4, die Vertreter der Tagespresse mit 2, die Vertreter der Beamtenschaft mit 2, die Vertreter der freien Berufe mit 3. Vom Reichsrat waren neun Mitglieder und von der Reichsregierung ebenfalls neun Mitglieder, außerdem ein Vertreter des Auslandsdeutschtums vorgesehen.

Nachdem der Verfassungsausschuß nunmehr seine Arbeiten beendet hat, werden die Entwürfe voraussichtlich demnächst dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zugehen.

Rose Ferrons erste Liebe und Ehe

Familienroman von Liesbet Dill.

Copyright by Maria Feuchtwanger, Halle a. d. S.

Rose sah in den dämmrigen Garten und schwieg.
„Stört Sie die Zigarette?“
„Bitte, gar nicht, es ist ganz gut. Ich meine der Schnaken wegen.“
„Was werden Sie nun anfangen?“ sagte sie.
„Ich gehe in drei Tagen wieder nach Berlin in das Krankenhaus am Urban.“
„Warum gerade dorthin?“
„Um mich in der Chirurgie auszubilden, bei meinem früheren Universitätslehrer.“
„Sie wollen Chirurg werden?“ Ein leiser Schauer lief ihr über den Nacken. Von Chirurgen wußte sie, daß sie lange weiße Kittel trugen und große, blinkende und scharfgeschliffene Instrumente in den Händen hatten, mit denen sie mitleidslos in die Körper der Verwundeten schnitten.
Sie betrachtete ihn, während er, etwas vorgebeugt, den Arm auf das Geländer gestützt, in den Garten schaute. Er war so dicht an den Schornstein gerückt wie möglich, um recht viel Raum zwischen sich und ihr zu lassen, die Hand, welche die Zigarette hielt, hing lässig über dem Geländer.

Sein hellblonder, kurzgeschorener Kopf war mit schmalen Haaren und breiten, frischvernarbten Schmissen bedeckt.
„Ich habe niemals gedacht, daß Sie nun ein richtiger Doktor werden würden“, sagte sie auf einmal. „Halten Sie denn diesen Beruf für standesgemäß?“
„Ich halte jeden Beruf, den ich ausfülle, für standesgemäß“, antwortete er in demselben Ton.
„Früher dachten Sie anders.“
„Ich habe eben meine Weltanschauung geändert.“
„Malghan ist bei der seinen geblieben.“
„Kann sein. Mein Freund Malghan und ich sind überhaupt etwas auseinander geraten in unseren Anschauungen. Wenn ich an Kommiß denke, rieche ich Kasernen — und wenn er sich einen Mediziner vorstellt, sieht er die Nachschelle.“
„Unterschätzen Sie Ihren Freund nicht“, fuhr sie spöttisch fort. „Er hat eine große Gabe, nämlich die prophetische.“
„Johst schwieg. Er betrachtete die schmalen, kleinen Füße in den hellen Schuhen. „Und diese Prophezeiungen gehen sogar in Erfüllung.“
„Ah!“
Es war etwas in seinem Ton, das sie reizte, und sie fuhr mit gespielter Ueberlegenheit fort: „Er hat mir nämlich meine Verlobung vorausgesagt.“
„Brauchte man dazu Prophetengabe?“ sagte Gessattel, und rauchte.
Sie runzelte die Stirn. „Nun, Sie hätten mir das doch nie vorausgesagt?“
„Ich hatte ja nicht den Vorzug, in Ihrer Nähe zu leben...“
„Haben Sie nie an diese Möglichkeit gedacht?“
„An welche Möglichkeit?“

„Nun, was einmal aus mir werden würde?“
Er befaß sich einen Augenblick.
„Nein.“
„Sie haben wohl überhaupt nicht über mich nachgedacht?“ fuhr sie fort.
„Offen gestanden, nein.“
„Auch früher nicht?“
„Früher? Doch, da dachte ich allerlei, dachte auch sogar nach.“
„Ueber mich?“
„Ich dachte, ob Sie wohl in die Fußstapfen Ihrer Frau Mama treten würden.“
„Und das hielten Sie nicht für gut?“
„Darüber habe ich mir nie ein Urteil erlaubt“, sagte Gessattel.
Rose saß eine Weile schweigend, in Gedanken versunken, dann richtete sie sich auf und strich sich das lockige Haar aus der Stirn.
„Ich muß Sie um einen Rat fragen“, sagte sie plötzlich. „Ich habe etwas getan, was ich — bereue. Ist es noch Zeit, — es — gutzumachen? — Sie werden mir die Wahrheit sagen, nicht wahr? Ich habe es getan aus Uebermut, aus Eitelkeit, ich weiß es nicht, weshalb. Nun tut's mir leid. Ich hab's den ganzen Tag gefühlt, daß es ein Unrecht war, jetzt kommt's mir vor wie eine schwere Sünde.“
„Um Gottes willen, Rose!“ Gessattel warf die Zigarette in die Tiefe. Er betrachtete sie.
Sie hatte das Kinn in die Hand gestützt und sah vor sich hin. „Ich war wie in einem Traum, ich möchte sagen, wie in Hypnose, es ist doch Hypnose, wenn man das tut, was man eigentlich selbst nicht will.“

(Fortsetzung folgt.)

des vor-
ungen über
wirtschafts-
er anfangs-
zielt wor-
spielte auch
hüllige Ge-
der Frage
der Bezirks-
beitnehmer-
ls-, Hand-
nme. Man
ne auf fol-

erfassungs-
Regierung,
Läden, die
der Reichs-
besondere
vorhandenen
nmenwirkten
sichergeffelt
sch-rechtliche
beitnehmer-
sammer Be-
eln. Der
tsprechende
at unver-

ganzen den
es Verfas-
s. Inbe-
ftsrat wie
ng und die
egistativen
hftständigen
Reiche vor-
o wie die
wirtschafts-
r soll nach
mit Recht
Wünschen
ragen. Es
Miederung,
Referenten-
af jede der

Landwirt-
Handwerk
d das Pri-
die Fi-
arbeitneh-

alvertreter
sicherungs-
der Kon-
s, die Ver-
essenschafts-
eife mit 2,
der freien
lieder und
außerdem

e Arbeiten
nächst dem

nach-

uch so-

r Fran-

, sagte

funken,
ar aus

plög-

e. Ist

en mit

an aus

Nun

st, daß

schwere

ef die

ah vor
sagen,
as tut,
olgt.)

Vom Landtag.

Im Landtag wurde am Samstag die Beratung der Verwaltungs- und Landessteuerordnung und zum Gemeinde-
steuergesetz beendet. Bei der Landessteuerordnung gab es eine
längere Debatte über den sog. Antrag, für die Arbeiterwohn-
gemeinde Bödingen aus Mitteln des Ausgleichsstocks für das
Rechnungsjahr 1926 bis 1927 300 000 M. zu bewilligen. Der
Antragsteller Hornung sagte, wenn die Summe nicht bewilligt
werde, bleibe der Stadt Bödingen nichts anderes übrig, als
den Antrag auf Zwangseingebung nach Heilbronn zu stel-
len. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, zur Unterstützung
der Arbeiterwohngemeinden diene nicht nur der Ausgleichsstock.
Man habe bei der Berechnung der Schlüsselanteile noch beson-
dere Zuschläge eingeführt. Die Verhältnisse in Bödingen seien
besonderer Art und dürften nicht verallgemeinert werden. Ein
Steuerertrag könne nicht dazu dienen, die unhaltbaren Zustände
einer einzelnen Gemeinde in Ordnung zu bringen. Man wolle
Bödingen helfen, aber nicht durch gesetzliche Regelung. Die
Mittel des Ausgleichsstocks würden vom Steuerverteilungsaus-
schuß individuell ausgegeben. Das sei eine Aufgabe der inne-
ren Verwaltung. Der Antrag Hornung wurde schließlich mit
22 gegen 29 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Im übri-
gen wurden die einzelnen Artikel der Landessteuerordnung
nach den Ausschlußanträgen angenommen und verschiedene Ab-
änderungsanträge abgelehnt. Das gleiche war beim Gemeinde-
steuergesetz der Fall. Bei der 3. Lesung des Landessteuergesetz
wurde eine sog. Entschleunigung betr. Übergangsregelung des
Finanzausgleichs mit dem Ziele, den Anteil der Gemeinden an
den überwiegenen Reichsteuern zu erhöhen und eine Vermin-
derung ihrer Schul-, Polizei- und Soziallasten vorzunehmen,
mit 33 gegen 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. In
der Schlußabstimmung wurde die Landessteuerordnung gegen
die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommuni-
sten, das Gemeindesteuergesetz gegen die Stimmen der Soz.
und Komm. angenommen.

Präsident Körner erhielt die Ermächtigung, den Landtag
wieder einzuberufen, sobald weitere Regierungsvorlagen ein-
gegangen sind.

Kleine Landtagsanträge.

Die Abgg. Hermann, Gengler, Strahl und Gen. (3.) haben
folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: „In letzter
Zeit haben die Finanzämter die Vermögenssteuerbescheide für
1925 und 1926 hinausgegeben. Damit sind die Zahlungen für
zwei Jahre fällig. Außerdem ist für 1927 die Vorauszahlung
für das erste Viertel zu leisten. Es ergibt sich somit für die
verschiedenen Wirtschaftsklassen der Bevölkerung die Notwen-
digkeit, in einem Zug zum Teil große Summen bezahlen zu
müssen. Ist das Staatsministerium bereit, bei den zuständigen
Stellen darauf hinzuwirken, daß in den Fällen, wo die wirt-
schaftliche Lage des Steuerpflichtigen dies erfordert, Teilzahlun-
gen gestattet werden bezw. Stundung erteilt wird?“

Von Abg. Schlumpberger (Wilt.) wird gefragt: Von einem
Handwerker ist mir mitgeteilt worden, daß vom Landesgewerbe-
amt für die Teilnehmer an den von ihm veranstalteten Fachkur-
sen im Gegenjahr zu früher ansehnliche Kursgelder erhoben wer-
den. Die Bezahlung dieser Kursgelder fällt manchem Handwer-
ker neben den sonstigen Aufkosten für die Teilnahme an diesen
Kursen schwer. Ist das Staatsministerium bereit, künftig für
die vom Landesgewerbeamt veranstalteten Fachkurse von der
Festsetzung eines Kursgeldes abzusehen und bedürftigen Hand-
werkern durch Gewährung von Unterstützungsbeträgen den Be-
such dieser Fachkurse zu erleichtern?

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Februar 1927.

Die 5 prozentige Reichsanleihe überzeichnet.

Wie der Deutsche Handelsdienst von der Reichsbankverwal-
tung erfährt, ist die 5 prozentige Reichsanleihe von 1927 über-
zeichnet worden. Die Zuteilung wird derart geregelt, daß auf
Zeichnungen mit Sperrverpflichtung Vorrang zuteilung erfolgt,
während bei den freien Zeichnungen nur die Beträge bis zu
1000 Reichsmark berücksichtigt werden, die den Betrag von
1000 Reichsmark übersteigenden freien Zeichnungen werden
eine Zuteilung von etwa 70 Prozent erfahren. Bekanntlich sind
200 Millionen Reichsmark der neuen Reichsanleihe von vorn-
herein fest von einem Bankenkonzern übernommen worden.
Nunmehr ist also auch die Unterbringung der übrigen 300 Mil-
lionen Reichsmark dank dem günstigen Zeichnungsergebnis ge-
sichert.

Vom Rathaus Bad Liebenzell.

Am 10. Februar fand unter dem Vorsitz des A. B. Sauter
eine Sitzung des Gemeinderates statt. Zu Beginn derselben er-
läuterte Gartenarchitekt Villenhein die von ihm gefertigten
Pläne zur Anlage-Anpflanzung der Kuranlagenenerweiterung.
Es fanden durchweg den Beifall des Gemeinderates. Ueber die
Ausführung wird später beraten werden. — Dem Jung-
frauenverein, der am 13. März ds. J. sein 25jähriges Jubiläum
feiert, wird der Kurjaal zu einer gemeinsamen Feier mit
der Gemeinde zur Verfügung gestellt, und ihm eine Ehrengabe
verwilligt. — Dem Wilhelm Niempp hier wird der Bauplatz
Nr. 2 an der Hindenburgstraße zu den seitherigen Bedingun-
gen überlassen. Für die Neubauten des J. Geigle und W.
Niempp, sowie für den Wohnungsaufbau des Otto Kagenmaier
und die Wohnungseinbauten des Gottlieb Krauß übernimmt
die Gemeinde die Bürgschaft der Baubauverwahrung
gegenüber. Bei Ausführung der geplanten Bauten würden
8 neue Wohnungen geschaffen, so daß der Wohnungsmarkt we-

sentlich entlastet würde. — Anlässlich des 100. Geburtstages
des großen Schulmannes Pestalozzi veranstaltet die Volks-
schule eine gemeinsame Gedenkfeyer. Auf Antrag des Schul-
vorstandes genehmigt der Gemeinderat die Anschaffung eines
Schulbildes und für jeden Schüler eine Pestalozzi-Ansichts-
karte. — Hans Hahn, Autogeschäft, beabsichtigt die Errichtung
einer Autolinie Bad Liebenzell-Weilberstadt. Die Linie soll in
erster Linie dem Autobesitzer Möttlingen-Weilberstadt dienen.
Der Wagen soll hier so frühzeitig abfahren, daß in Weilber-
stadt der Anschluß an den 1. Zug in Stuttgart erreicht wird.
Der Gemeinderat hat keine Bedenken gegen das geplante Un-
ternehmen zu erheben. — Stadtpfleger Kestner erstattet Be-
richt über die Fahrplankonferenz in Pforzheim. Danach wird
im kommenden Sommer im großen Ganzen der Fahrplan des
vergangenen Jahres mit einigen Verbesserungen durchgeführt
werden, insbesondere werden die Saisonschnellzüge und die
Eilzüge wieder verkehren. Zur Verbesserung der Verbindung
mit Calw im kommenden Winter wird der Güterzug mit Per-
sonenbeförderung, der seither kurz vor 8 Uhr vormittags hier
wegfährt, um so viel früher gelegt werden, daß er um 7.45 Uhr
in Calw eintrifft. Damit ist die langersehnte Schülerbeförde-
rung bis zum Eintreffen der Triebwagen gelöst. Auch besteht
große Aussicht, daß der Abendzug Calw ab 6.02 Bad Lieben-
zell an 6.20 über den Winter beibehalten wird, so daß der
Mißstand, daß von 2.45 Uhr bis 7.45 Uhr kein Zug von Calw
hier eintrifft, behoben sein wird. Eine entsprechende Eingabe
wird gemeinsam mit der Handelskammer Calw an die Reichs-
bahndirektion Stuttgart eingereicht werden.

Generalversammlung der Viehzüchtersgenossenschaft Calw.

Am Mittwoch, den 9. ds. Mts., fand in Calw die General-
versammlung der Viehzüchtersgenossenschaft statt, die leider nur
schwach besucht war. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden,
Oekonomierat Böhrer, erstattete derselbe den Geschäfts- und
Kassenbericht für 1926. Hierbei hob er besonders die Errichtung
der Tierzuchtstation Herrenberg, der Farenhaltungsgenossen-
schaft Liebelberg-Oberhaugstett und die Abhaltung der Jung-
viehpriämierung in Dedenpfronn hervor. Nach Entlastung des
Kassiers hielt Tierzuchtinspektor Dr. Walter in Herrenberg einen
recht lehrreichen und leichtverständlichen Vortrag über die geor-
dnete Zuchtbuchführung, ihren Zweck und Ziel. Einleitend be-
sprach er dabei den Zweck der Viehzüchtersgenossenschaften, die
Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder, um dann zur eigentlichen
Zuchtbuchführung überzugehen. Der Zweck der Rörung der Eit-
enterte und der frühzeitigen Zeichnung der Kälber mit der
Mutternummer wurde eingehend erörtert. Die Kälberohrmarke
ist keine Verzeichnungsnummer, sondern nur eine Kennzeichnung. Die
Zuchtbuchführung muß ebenso wie jede andere Buchführung ge-
nau und zuverlässig sein. Nur ein einwandfreier, lückenloser
Abstammungsnachweis, für den Gewähr geleistet werden kann,
ist von Wert. Von Wichtigkeit ist das Zuchtziel. Hier gilt es,
nach Möglichkeit die vorhandenen Bestände zu verbessern und
sie wirtschaftlich zu gestalten. Voraussetzung für das Gelingen
ist Interesse und Mitarbeit der Mitglieder, nur dann kann das
gesteckte Ziel erreicht werden. An der lebhaften Diskussion be-
teiligten sich außer dem Vorsitzenden die Herren Ulrich Hansel-
mann und Hiltheiß Braun Liebelberg, Schultheiß Prof.
Oberhaugstett und Schultheiß Braun-Dedenpfronn. Nach Auf-
stellung des Arbeitsprogramms für 1927 und Vornahme der
Ausschlußwahlen konnte die harmonisch verlaufene Versammlung
geschlossen werden.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Der Hochdruck liegt immer noch über Mitteleuropa. Unter
seiner Wirkung ist für Mittwoch und Donnerstag trockenes, vor-
wiegend heiteres Wetter zu erwarten.

*

Gehingen, 14. Febr. Am Sonntag hatte die hiesige Sport-
vereinigung Mitglieder und Freunde zu einem Unterhaltungs-
abend eingeladen. Theateraufführungen und anderweitige unter-
haltende Vorträge stellten der Vereinsleitung wie den Mitwir-
kenden ein vorzügliches Zeugnis für die Gestaltung des sportli-
chen und kameradschaftlichen Vereinslebens aus, sodaß man dem
jungen Verein einen weiteren Zuwachs an jungen Männern nur
gönnen kann.

SCB Dödingen u. Böblingen, 14. Febr. Bei der am Sams-
tag vorgenommenen Ortsvorsteherwahl haben von 281 Wahlbe-
rechtigten 199 abgestimmt. Von 198 gültigen Stimmen fielen
186 auf Schultheiß Baur in Dödingen, der somit als gewählt
anzusehen ist.

SCB Stuttgart, 14. Febr. Am Sonntagabend starb hier
im Alter von 78 Jahren Oberst a. D. von Schraibschon-Saubert.
Der Verstorbene hat den Krieg 1870/71 beim Grenadierregiment
Königin Olga mitgemacht, in dem er auch den größten Teil
seiner Dienstzeit verbrachte. Vor dem Krieg war er in seiner
letzten Dienststellung Bezirkskommandeur in Calw. Während
des Krieges war er Kommandeur des Ersatzbataillons des Gren-
adierregiments in Stuttgart. Der Verstorbene erfreute sich
in militärischen Kreisen großer Beliebtheit.

SCB Vom Bodensee, 14. Febr. Infolge der anhaltenden
Kälte sind weite Strecken des Untersees spiegelglatt zugefroren.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefstube.

100 holl. Gulden	169,08
100 franz. Franken	16,62
100 schweiz. Franken	81,24

Börsenbericht.

Auch am Montag lag die Börse recht still, doch konnten sich
die Kurse teilweise etwas erhöhen.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern & N.

R.C. Berliner Produktenbörse vom 14. Februar.

Weizen märk. 264—268; Roggen märk. 249—252; Gerste 215
bis 243; dto. 194—207; Hafer märk. 190—200; Mais loco Ber-
lin 188—190; Weizenmehl 35—37.50; Roggenmehl 34.40—36.50;
Weizenkleie 15.50; Roggenkleie 15—15.25; Wicken 24—24.50;

blaue Lupinen 14.75—15.50; gelbe 16.50—17; Seradella 23 bis
26; Rapstüben 16—16.10; Leinkuchen 20.70—21; Trodenkühnel
11.35—11.70; Sojabohnen 19.85—20.30; Kartoffelkoden 28.80 bis
29.10; Speisefarbstoffen weiße 3.50—3.80; rote 4—4.50; gelbfleis-
chige 4.50—4.80; Tendenz: stetig.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Börse. Die Börse lag in der vergangenen Woche schwach
und zeigte großes Entlastungsbedürfnis. Nach der langen Kauf-
periode folgten wieder Abgaben, die Anfangs zwar nicht erheb-
lich waren, sich aber später verstärkten. Das Kursniveau wurde
dann durch Vorstöße der Baifsepartei empfindlich gedrückt.
Zeitweilig schien allerdings eine erneut auflodernde, zum Teil
auf Deckungen zurückzuführende Bewegung in einigen hoch-
spezialisierten Werten allgemein Anregung zu geben, doch drück-
ten bald wieder die rasch einsetzenden Realisationen der stu-
lisse. Die Käufer rührten hauptsächlich aus dem Rheinland her.
Die Spekulation trat aber nur als Mittläuferin auf und ging
meist mit ansehnlichen Tagesgewinnen bald wieder aus den
unworbene Werten heraus. Die Kullisse zeigte große Zurück-
haltung, insbesondere im Hinblick auf den bis jetzt als un-
befriedigend angesehenen Commissionsverlauf der 5prozentigen
deutschen Reichsanleihe. Am Bankenmarkt bröckelten die Kurse
meist ab, da hier naturgemäß die Angelegenheit der Reichsan-
leihezeichnung am meisten verstimmt. Am Schiffahrtsmarkt wa-
ren die Umsätze geringfügig. Elektrowerte und chemische Aktien
lagen ebenfalls lustlos. Dagegen war der Montanmarkt etwas
erholt. Auch heimische Renten lagen etwas fester.

Geldmarkt. In der Flüssigkeit der Geldlage hat sich
nichts geändert. Tagesgeld ist erleichtert zu 4—5, Monatsgeld
zu 5,5—6,5 Prozent zu haben. Am Privatdiskontmarkt bleiben
beide Sichten unverändert 4 1/2 Prozent. Es herrscht aber starke
Ungeheuerheit über die Wirkung der Begebung der Reichsanleihe.
Der Gegenwert der zur Zeichnung gelangenden 500 Millionen
Mark ist von den Konforten am 21. Februar voll einzuzahlen.
Die Zahlung für die von den öffentlichen Kassen übernommenen
200 Millionen Mark erheischt gleichfalls umfangreiche Gebdis-
positionen. Inwieweit die Begleichung eines Betrags von einer
halben Milliarde Mark die Befassung des Marktes beein-
flussen wird, ist eine schwer zu entscheidende Frage. Am letzten
Ultimo hat sich gezeigt, daß die Aufrechterhaltung des Lom-
bardzinsfußes auf 7 Prozent keineswegs die beabsichtigte Wirkung
einer Rückdrängung der Lombardansprüche gehabt hat. Der
höhere Zinsfuß fällt über die wenigen Tage über Ultimo kaum
ins Gewicht.

Produktenmarkt. Auf den Getreidemärkten hielt sich
das Geschäft noch in engen Grenzen. Die Stimmung war etwas
freundlicher infolge der höheren amerikanischen Notierungen.
Auch das Angebot aus dem Ausland war größer. Zu einer
allgemeinen Besserung ist es aber noch nicht gekommen. Auf
den Hopfenmärkten war die Stimmung unverändert fest. An
der Stuttgarter Landesproduktbörsen wurden für Heu 8
(+ 1/2) und für Stroh 4 1/2 (+ 1/2) Mark pro Doppelzentner
bezahlt. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen
270 (—2), Roggen 250 (—6), Wintergerste 207 (unv.), Som-
mergerste 244 (—1), Hafer 200 (unv.) Mark pro Tonne und
Mehl 37 3/4 (— 1/2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Das weitere Ansteigen der Baumwoll-
preise hatte ein neuerliches Anziehen der Preise für Garne und
Gewebe zur Folge. Die Gesamtlage der Textilwirtschaft ist be-
friedigend. Die feste Preistendenz auf den wichtigsten Roh-
stoffmärkten stärkte die Kaufkraft. Dagegen ist die Preisent-
wicklung auf den Metallmärkten in einem ständigen Rückgang. Am
stärksten trat dies in Erscheinung bei Kupfer, Blei und Zinn.
Diese Entwicklung ist auf die großen Mißverhältnisse zwischen
Produktion und Verbrauch zurückzuführen. Auf den Häute-
auktionen waren die Preise höher.

Viehmarkt. Die Schlachttiermärkte bekundeten für
Großvieh allgemein wenig Interesse. Lebhafter war das Ge-
schäft auf den Kälbermärkten. Auch die Schweinemärkte hatten
regem Umsatz. Die Preise sind aber wenig verändert.

Holzmarkt. Auch in verg. Woche hat sich das Stei-
gen der Rundholzpreise fortgesetzt. Die Beteiligung der Käufer-
schaft war gut, die Kaufkraft rege. Die Zunahme der Käufer-
schichten und das Zurückgehen des Angebots macht sich stark
sichtbar.

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt
die Gesellschaft nur die presserechtliche Verantwortung.

Mehr Rücksichtnahme im öffentlichen Verkehr!

Am Sonntagabend war es beim Herrenberger Verkehrsauto
in Stammheim sehr unterhaltend! Der Wagen war überfüllt
und viele, die gerne mitgefahren wären, mußten zurückbleiben.
Um sicher einen Platz für ihre Schwester zu ergattern, hatte sich
eine Dame einen ganz netten Plan zurecht gemacht. Sie stieg
vorn beim Führer ein und belegte einen Sitzplatz. Nachdem
dieses geschehen, wehrte sie den andern Leuten das Einsteigen.
Ein Herr mit seiner Frau kummerte sich aber nicht darum und
stieg ebenfalls ein. Die Dame erklärte nun einfach, daß dieser
Platz, auf dem sie saß, ihrer Schwester gehöre und der Herr
sich eben wie er sich zurechtfinde. Inzwischen war aber das
Frl. Schwester im hintern Teil des Wagens eingestiegen. Statt
sich nun einen halbwegs annehmbaren Abgang zu sichern bestand
die Dame aber darauf, daß ihre Schwester wieder ausstieg um
den von ihr „reservierten“ Platz einzunehmen. Bei der nun fol-
genden allgemeinen Platzveränderung (wobei nicht gerade Schmei-
delnamen fielen) kam aber die Dame unter den Schlitten. Sie
kam zum Auto hinaus und ihre Schwester nicht herein. Es soll
dabei nicht gesagt sein, daß sich der Herr wie ein Kavaliere be-
nommen hat. Vor dem Auto gab es dann noch eine gewaltige
Auseinandersetzung, bis der Autobesitzer einschritt und dem Wa-
genführer das Zeichen zur Abfahrt gab. Allen Reisenden hat
dieser Fall gezeigt, wie man sich beim Fahren mit einem Ver-
kehrsauto nicht benehmen soll. Vor allem keine Plätze belegen
wenn nicht alle Reisenden unterkommen können, und dann
sollen die Herren den Damen gegenüber mehr Rücksicht nehmen.



Blutungen

stillt Chinisol. Versuchspackung 60 Pf.
in allen Apotheken und Drogerien.

Alle Packungen sind bestimmt vorrätig in der Ritter-Drogerie.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Prüfung in Kurz- und Maschinenschrift
 Am Samstag, den 19. März vorm. 9 Uhr hält die Handelskammer Calw erstmals für ihren Bezirk eine Prüfung in Kurz- und Maschinenschrift ab. Sie gibt damit den Teilnehmern Gelegenheit, sich ein amtliches Zeugnis in diesem für Kaufleute wichtigen Sondergebiet zu erwerben. Prüfungsfahrung und -Ordnung kann bei der Handelskammer angefordert werden.
 Meldungen, deren Eingang bestätigt wird, sind bis spätestens 1. März d. J. an die Handelskammer Calw zu richten.

Prüfungsamt der Handelskammer Calw.

Ostelsheim.



Nadelstammholzverkauf.

Am Montag, den 21. Februar 1927, nachmittags 5 1/2 Uhr kommen auf dem hiesigen Rathaus aus dem Gemeindewald Säglesgrund und Säglesweg im öffentlichen Aufstreich

6 Lose Nadelstammholz mit zusammen 173,78 Fm.

zum Verkauf und zwar:

1. Langholz

I. Klasse 19,92 Fm., II. Klasse 78,83 Fm., III. Klasse 48,68 Fm., IV. Klasse 13,60 Fm., V. Klasse 6,18 Fm.,

2. Sägholz

I. Klasse 2,24 Fm., II. Klasse 3,51 Fm., III. Klasse 0,82 Fm.,

Liebhaber sind freundlichst eingeladen. Bedingungen und Losverzeichnisse durch das hiesige Schultheißenamt.

14. Februar 1927.

Gemeinderat.

Altensteig.

Bekanntmachung.

Der am 16. ds. Mts. hier fällige



Vieh- und Schweinemarkt



wird abgehalten.

Altensteig, den 12. Februar 1927

Stadtschultheißenamt: Pfizenmaier.

Posamenten:

Franzen, Schnüre, Quasten für Möbel, Vorhänge, Tischdecken Lampenschirmseide

Emil Feil, Stuttgart

Eberhardstraße 55. Filiale

Frau Karl Eberhard Calw beim Waghäusle

Mittwoch, den 16. Februar, von vormittags 8 Uhr, steht in unserer Stallung

in Calw im „Löwen“ ein sehr großer Transport

erstklassiger starker junger



Milchtühe, schwerer hoch-trächtiger

Raubinnen, schöne starke Zug-Stiere und Lern-Stiere

(auch paarweise) sowie

schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladen

Rubin und Max Löwengart.

Die beste Schuh-Creme merk es Dir, ist

KAVALIER

FABRIK UNION AUGSBURG.

Würzburg, den 13. Februar 1927.

Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Bruder und Onkel

Matthäus Pfommer

heute Sonntag Nachmittag nach kurzer Krankheit im Alter von nahezu 79 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

die Brüder Michael Pfommer und Johann Georg Pfommer, die Schwester

Anna Maria Burkhardt

geb. Pfommer

mit ihren Angehörigen.

Beerdigung Mittwoch vormittag 11 Uhr.

Sommenhardt.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnhaus-Neubau des Herrn Joh. G. Niethammer, Landwirt, sind die

Beton-Maurerarbeiten (ohne Materiallieferung), Glaser- und Glasarbeiten

im Preislistenverfahren zu vergeben.

Pläne, Arbeitsbeschreibungen und Bedingungen sind bei dem Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis spätestens Samstag, 19. ds. Mts., nachm. 3 Uhr, beim Bauherrn abgegeben werden. Die Wahl unter den Bewerbern bleibt sich vorbehalten.

Zuschlagsfrist 3 Tage.

Bad Teinach, den 14. Februar 1927.

Der beauftragte Architekt: Böll, Baumeister.

Großer Posten



Reste ist eingetroffen in Waschamt, Wollmouffeline, Blau- u. Buntdruck, Möbelcrepp, gestr. Hemden-Flanell, Schirting f. Kleider, Blusen, Schürzen, Rissen usw. geeignet. Einige Stückware in Wollecrepp einfarbig u. gemustert weit unter Preis empfehlen

Geschw. Stanger, Ob. Marktstraße 23.

LEINENHAUS & WÄSCHEFABRIK

S. SIGMANN PFORZHEIM

ECKE LEOPOLD- u. ZERRENNERSTR.

Gege.  1905.

Herstellung vollständiger Braut-Ausstattungen zweckmäßige Zusammenstellung gediegene u. geschmackvolle Ausführung Verwendung bester bewährter Stoffe

Angebote auf Wunsch in jeder Preislage.

W. Forstamt Hirsau. Schichtberholzverkauf.

Am Freitag, den 18. Febr. 1927, vorm. 10 Uhr in Hirsau im „Löwen“ aus Staatswald Ottenbronner Berg Abteilg. Erlensbüsch, Pflanz-Schule, Kaiserwand, Welzberg, Steigwand, Kirchenweg, Pfiemenhau, Tann; Altburgerberg Abt. Hoher Stein, Badwald, Eßfischmiede; Lügenhardt Abteilg. Brandhalbe, Kohlberg, Kohlmittel: rm: Nadelholz: Papierholz entrinde: 4 l., 63 ll., 3 III. Kl.; Weisje 2,05 m lg.: 51, 1 m lg.: 4; 1 Schr., 160 Prgl., 120 Anbr.

Losverzeichn. durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr

Frauenbesprechungsabend

im Vereinshaus (Bachzimmer)

Evang. Volksbund.

PHANKO

Pfannkuch

Trinkt

Meßmer-Kaffee

Marke: **Haushalt**

1/2 Pf. 90 | 1/2 Pf. 180
 Pak. 2 | Pak. 1

Frauenlob

1/2 Pf. 100 | 1/2 Pf. 200
 Paket 1 | Paket 2

Baden-Baden

1/2 Pf. 110 | 1/2 Pf. 220
 Paket 1 | Paket 2

Ferner stets frisch gerösteter offener **Kaffee**

1/2 Pfund von **65** an

Pfannkuch

Wir haben den **Wäsche-Schablonen** Verkauf von Frau Gengenbach Ww. übernommen u. empfehlen ein gut sortiertes Lager in Aussteuerfädeln, Einzelmonogrammen und Buchstaben etc.

Geschw. Stanger.
 Ob. Marktstraße 23.

Friedrich Adrion

Meßger

Emilie Adrion

geb. Binder

Vermählte

Liebelsberg

Rutesheim

Oberlengenhardt - Malsenbach.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 19. Febr. 1927 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Schne“ in Oberlengenhardt freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Ludwig Schneller

Sohn des Ludwig Schneller, Waldschütz in Oberlengenhardt

Maria Rittmann

Tochter des Joh. Georg Rittmann in Malsenbach Kirchgang 1 Uhr in Schömburg.

Für Konfirmation empfehle

Samt-Kleider sowie Samte

in jeder Preislage

Ernst Schall

Consum-

Berein Calw und Umgegend.

Auch dieses Jahr werden wir wieder für unsere Mitglieder

Eier

zum Einlegen bestellen. Wir bitten daher unsere verehrl. Mitglieder um Abgabe ihrer Bestellung in unseren Verteilungsstellen. Erfahrungsgemäß sind die März- und April-Produkte am schönsten, und müssen wir daher jetzt schon eine Ueberflucht über den Bedarf haben, um bei günstigstem Preisstand zugreifen zu können.

Calw, 11. Febr.

Der Vorstand.

Sprengstoffe Sprengkapseln Zündschnüre

zum Stockholzmachen

Gerhard Paulus, Liebenzell, Fernsprecher 15.

Verkaufe einen schönen, starken, wachsamem

Wolfshund

schwarz m. gelb, tausche auch gegen schöne Farbentauben. Matth. Fenschel b. Hirsch, Altburg.

Sehe einen ca. 7 Zentr. schweren



Stier

dem Verkauf aus. Wilh. Gadenheimer Javelstein.

4-5-Zimmer-Wohnung

für sofort oder später gesucht. Angebote erbeten unt. C. F. 37 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe eine 36 Wochen trüchtige, gutgewöhnte

Kalbin

tausche auch gegen Schlachtvieh. Frh Kaiser Liebelsberg.